

Liebe Freunde, liebe Mitstreiter aus den verschiedensten BI's unseres Landes

Wir, die heute aus Weißenfels angereisten Mitglieder der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben freuen uns auf diese allererste Zusammenkunft und auf unseren gemeinsamen Kampf, der uns heute vor den Sitz der Landesregierung geführt hat. Unser Dank gilt zunächst den Initiatoren und Organisatoren dieser Demo (BI 91, BI Hettstedt).

An dieser Stelle soll auch ein riesen- Dankeschön an den Gründer und Sprecher des Initiativen Netzwerkes Kommunal Abgaben INKA, an Herrn Wolf Rüdiger Beck gehen. Seit vielen Jahren verfolgt er unermüdlich ein Ziel, auch in Sachsen Anhalt ein hohes Maß an Abgabengerechtigkeit zwischen den Beteiligten, d. h. Land, Kommune, Wirtschaft und Bürger zu erreichen. Herr Beck, vielen Dank im Namen unserer Mitglieder.

Seit gut zwei Jahren ist auch unsere Weißenfelser Bürgerinitiative Mitglied von INKA. Unsere BI wurde im September 2012 gegründet. Damals, im Juli 2012, hatte der Zweckverband für Abwasserentsorgung WSF versucht eine erste HKB Satzung durchzusetzen. Hohe, durch nichts zu rechtfertigende Beitragssätze, eine nur als chaotisch zu bezeichnende und vor Fehlern strotzende Beitragskalkulation, kaum Billigkeitsregeln und absolute Wirtschaftsfreundlichkeit, waren der Ausgangspunkt von massiven Bürgerprotesten. Dies führte hin zur BI Gründung und der (auch von der Mitgliederzahl) hohen Unterstützung unserer Arbeit. Ein erster Erfolg war die ersatzlose Rücknahme dieser 1. Satzung weil es den Verantwortlichen schnell klar war, die von der BI meinen es ernst. Erst im Juli 2015 konnte dann die zweite Satzung mit (im Vergleich zu anderen Verbänden) moderaten Beitragssätzen und besseren Billigkeitsregeln verabschiedet werden. Eine Angelegenheit, die nach Forderung des Gesetzgebers spätestens 1996 hätte erledigt werden müssen. Deshalb haben wir in WSF auch das Problem der völlig ungerechtfertigten Altanliegerbeiträge.

Ein riesen- Manko hat diese Satzung aber immer noch. Sie sehen dies an unseren Transparent. Weißenfels als Standort der LM Industrie, darunter Konzernbetriebe, wie der Schlachthof Tönnies, die Frischli Molkerei und die Lieken Großbäckerei. Sie alle sind absolut abwasserintensiv. Von der kommunalen Abwasserbehandlungskapazität beanspruchen sie ca. 70 bis 80% der Kapazität. Der Schlachtruf unserer BI war daher immer gerechte

Beiträge 70% LM Konzerne und 30% die Bürger bzw. der Rest.

Die mit der neuen HKB Satzung uns in Teilen zugänglich gemachte Kalkulation brachte aber noch viel Erschreckenderes zu Tage. Nicht die Bürgerforderung 70 : 30 ist das Ergebnis sondern nach tatsächlichen HKB sind nur ca. 2,7% vom Gesamt HKB durch diese Konzerne zu zahlen, der Rest, also 97.3% verbleibt beim Bürger. So sieht der Vorteilsmaßstab des in Sachsen Anhalt geltenden KAG aus.

Schlachthof - Lobbyisten in Stadtverwaltung, Stadtrat, Verwaltungsrat der Abwasser AöR sorgen dafür das es möglichst auch so bleibt. Was sich in einer Stadt wie WSF in den letzten 2 Jahrzehnten herausgebildet hat, kann man durchaus als Filz oder noch schlimmer bezeichnen. Wenn man WSF nach den politischen Koordinaten auf einer Europakarte einordnet, sollte man dies südlich von Neapel oder Palermo tun oder bei der Postanschrift Weißenfels/Saale , Saale durch Bosporus ersetzen. Ein Kartell aus CDU und einer marktradikalen Linken beherrscht den Stadtrat und liegt wie Mehltau über der Stadt.

Unsere Vorgänger BI (Pro WSF) prägte zu diesen politischen Verhältnissen den Begriff Schweinefels, statt Weißenfels. Allein vom Schlachthof mit 20.000 Schweineschlachtungen/Tag kommen 4000m³/Tag hochbelastetes Abwasser.

Im Vergleich zum Rentnerpaar auf einen Bauernhof mit großen Garten und 150Liter Abwasser/Tag sind dies auf den m² gerechnet das viele Tausendfache. So sieht das Vorteilsprinzip unseres von den Regierenden hochgelobten KAG wirklich aus.

Das man darauf (Bauernhof) weder einen Schlachthof noch eine Molkerei bauen kann, dafür sorgen zu Recht die Bauordnungen. Aber bei den Beiträgen gelten m² und Geschoszahl, was für ein Widersinn und für uns ein massiver Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des GG.

Unsere BI hat deshalb beim OVG gegen die HKB Satzung der Abw. WSF AöR einen Normenkontrollantrag eingereicht, der sich mit der Anwendung des Vorteilsprinzips, möglichen Kalkulationsfehlern und auch mit dem Thema Verjährung beschäftigt. Gemeinsam mit 6 anderen BI's, dem Verband der Haus und Grundeigentümer wollen wir die Frage der Verjährung, der Zulässigkeit der Übergangsfrist des Jahres 2015 vor dem Bundesverfassungsgericht klären lassen. Unser Vertrauen in eine unabhängige Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes hält sich in Grenzen.

Natürlich kennen wir auch Eure Probleme, die sich von Fall zu Fall unterscheiden. Eines ist aber allen gemeinsam, die Ungerechtigkeit bei der

Aufteilung der Beitragslasten. Leider wurde bisher von den Entscheidern im Land und in der Kommune in den meisten Fällen der einfachste Weg beschritten, und das ist den Bürger als Steuerzahler und den Wohngrundstücksbesitzer als unerschöpfliche Geldquelle ins Visier zu nehmen. Damit dies nicht bis zur Unendlichkeit so weiter geht, genau deshalb sind wir heute hier. Die da Oben, die Regierenden haben den Kontakt zu ihren Bürgern verloren, dies zeigen Wahlen und Umfrageergebnisse. Statt das aber ein Umdenken stattfindet, erleben wir in dieser Woche einen Handlungsablauf, der sich an den bisherigen abgehobenen, am Bürgerwohl nicht interessierten Regierungsstil orientiert. Da wird ein gebrochenes Wahlversprechen einfach schön geredet:

CDU: Kommunale Selbstverwaltung wird beachtet

SPD: Unser Gesetzentwurf achtet die kommunale Zuständigkeit, Entscheidungen müssen vor Ort getroffen werden. Landespolitik schafft Spielräume für bürgerfreundliche Entscheidungen usw. usf.

Grüne: Linken Gesetzentwurf/Zwangsmoratorium kostet Geld, Kommunen müssen entscheiden

Es ist eine Heuchelei ohne Gleichen, oder wie der AfD Vertreter, Herr Farle, richtig sagte, es ist eine Mogelpackung oder wie wir von unserer BI sagen, es ist eine Verarsche des Bürgers.

Macht nur so weiter, es ist ein Fehlstart den die Kenia Koalition hingelegt hat. Wenn sich die kleinen Partner SPD und GÜNE weiter so unterbuttern lassen und es sogar versuchen in Schönreden die CDU zu übertreffen, wie wir es gerade bei der aktuellen Landtagsdebatte erleben, dann fehlen den Bürger einfach nur die Worte.

Da kann man nur noch sagen Gute Nacht Sachsen Anhalt, einmal Schlusslicht , immer Schlusslicht!

Wir werden es ja sehen, wohin dies alles noch führt, wenn man nach einer solchen Rumpelwahl meint, die mündigen Bürger weiter und wie gewohnt ungestraft hinters Licht führen zu können.

Wir hier auf den Domplatz werden es nicht zulassen.

Wir sind stolz darauf, dass sich Bürger aus dem Süden Sachsen Anhalts, aus Weißenfels, aus dem Burgenlandkreis mit Bürgern aus dem Norden, aus der Altmark, aus der Börde, aus dem Harz, dem Mansfeldischen, aus dem Anhaltinischen und vielen anderen nun hier verbündet haben um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, Gerechtigkeit bei den Abwasserbeiträgen!

Schluss für Dinge, für Vorgänge die auch in WSF über 70 Jahre zurück liegen, Schluss mit der rückwirkenden Beitrags-abzocke

Einigkeit und Gemeinsamkeit macht stark, dieses Gefühl wird hier auf den

Platz jeden von uns vermittelt.

Wir fordern daher die Landesregierung unmissverständlich auf, machen Sie aus der Kann Bestimmung ein für die Verbände verbindliches Muss bis die höchstrichterliche Entscheidung durch unser höchstes Gerichtsorgan das BVG vorliegt. Alles andere ist eine Schönfärberei, eine Mogelpackung oder zu gut deutsch eine Volks-verarsche und trägt weiter zum bestehenden Verdross gegenüber den Regierungsapparat bei. Die sich bereits zu Regierungsbeginn zeigende Selbstaufgabe von SPD und Grünen ist keinen weiteren Kommentar mehr wert.

Vielen Dank